

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

für die Auflösung der ehemaligen
Staatssicherheit (MfS)



Träger der Gedenkstätte

Museum in der „Runden Ecke“ mit
dem Museum im Stasi-Bunker

Dittrichring 24 · 04109 Leipzig
Postfach 10 03 45 · D-04003 Leipzig
Tel.: 0341 / 9 61 24 43
Fax: 0341 / 9 61 24 99
Internet: www.runde-ecke-leipzig.de
E-mail: mail@runde-ecke-leipzig.de

PRESSEMITTEILUNG

Leipzig, den 11.09.2017

Unser Zeichen:pm_492_vos_beratung_2017.doc

In der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“: Neue Kooperation ermöglicht regelmäßige Beratung für Menschen, die Opfer politischer Verfolgung durch das SED-Regime geworden sind

Menschen, die Opfer politischer Verfolgung in der SBZ und DDR geworden sind, können sich ab sofort jeden zweiten Mittwoch im Monat in den Räumen der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ beraten lassen. In den Beratungsstunden informiert ein Mitarbeiter des Landesverbandes Sachsen der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) Hilfesuchende zu allen Fragen von Rehabilitierungsmöglichkeiten und Wiedergutmachungsleistungen. Der erste Termin ist Mittwoch, der 13. September 2017.

Mit seiner Arbeit versucht das Bürgerkomitee Leipzig e.V. als Träger der Gedenkstätte Museum in der „Runde“ mit dem Museum im Stasi-Bunker nicht nur die Erinnerungen an das Unrechtsregime in der DDR wach zu halten und den Tendenzen der Ostalgie entgegenzuwirken, sondern sowohl ihrer Opfer zu gedenken als auch Menschen, die durch die kommunistische Diktatur verfolgt worden sind, zu helfen. Das Bürgerkomitee berät bei Fragen zur Rehabilitierung und Wiedergutmachung und stellt für Hilfesuchende Kontakte zu zuständigen Behörden oder Beratungsstellen her. Insbesondere Zeitzeugen und Betroffene kommen oft nach Ausstellungsbesuchen auf die Gedenkstättenmitarbeiter zu. Als wichtiger Teil der Vermittlungsarbeit freut es das Bürgerkomitee Leipzig e.V. umso mehr, nun ihr Beratungsangebot durch eine neue Kooperation mit dem Landesverband Sachsen der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) fachkundig und kompetent ausbauen zu können.

Die VOS wurde am 9. Februar 1950 in Berlin von Kriegsgefangenen, Internierten und Verurteilten gegründet, die aus dem sowjetischen Gewahrsam zurückgekehrt waren. Seitdem betreut und berät sie ihre Mitglieder bei den Aktivitäten zur Durchsetzung ihrer Forderungen nach Wiedergutmachung für Schäden, die sie aus politischer Verfolgung erlitten haben. Die VOS setzt sich darüber hinaus für die Aufarbeitung der Vergangenheit, die Aufklärung der Öffentlichkeit und insbesondere für die Festigung der Demokratie ein. Beispielsweise arbeitete sie aktiv bei der Entstehung von Gesetzen zur Hilfe für ehemalige politische Häftlinge mit.

Für die Gedenkstätte ist es wichtig, am authentischen Ort ein Beratungs- und Unterstützungsangebot für „Verfolgte“ der sowjetischen Besatzungsmacht der SED oder der Stasi und gegebenenfalls auch für deren Angehörige anzubieten. Gleichmaßen werden auf diese Weise aber auch wichtige Zeitzeugnisse und persönliche Geschichten bekannt, die ggf. für die künftige Arbeit der Gedenkstätte von Bedeutung sein können.

Der erste Termin: Mittwoch, 13. September 2017, zwischen 11.00 und 14.00 Uhr

Durch die neue Kooperation können nun Betroffene vor Ort mit einem kompetenten VOS-Mitarbeiter sprechen, der den Opfern politischer Verfolgung Auskunft geben kann zu den gesetzlichen Grundlagen zur beruflichen, strafrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung sowie zu Wiedergutmachungsleistungen, Opferrenten und -pensionen. Formulare liegen vor Ort aus, so dass der VOS-Mitarbeiter die Hilfesuchenden auch beim Ausfüllen der Anträge unterstützen oder ihnen mit Informationen zu anderen Angeboten von juristischer, psychologischer und sozialer Hilfe, Betreuung und Beratung weiterhelfen kann.

Jeden zweiten Mittwoch im Monat bietet die Gedenkstätte in Kooperation mit der VOS die Beratung in den Räumen der Gedenkstätte zwischen 11.00 und 14.00 Uhr an. Um Anmeldung zu den Beratungsgesprächen wird gebeten. Die nächsten Termine sind: 13. September, 11. Oktober, 15. November und 13. Dezember. Ratsuchende melden sich bitte während dieser Zeit im Ausstellungsbüro der Gedenkstätte.

Rehabilitierungs- und Wiedergutmachungsmöglichkeiten

Konkrete Themen können beispielsweise bei der verwaltungsrechtlichen Rehabilitation die Wiedergutmachung von Gesundheitsschäden, von Vermögensschäden oder von beruflichen Benachteiligungen sein. Bei der beruflichen Rehabilitation geht es insbesondere um die Wiedergutmachung von beruflichen Benachteiligungen aufgrund einer Freiheitsentziehung, einer rechtsstaatswidrigen Verwaltungsmaßnahme oder einer anderen politisch motivierten Maßnahme sowie um die Anerkennung als verfolgter Schüler. Des Weiteren kann der VOS-Mitarbeiter Hinweise zu strafrechtlichen Rehabilitierungsverfahren geben, unter anderem zum Antrag, zu Verfahren, zum Rechtsweg oder hilfreiche Anschriften nennen. Hierbei geht es um die Aufhebung rechtsstaatswidriger Verurteilungen durch DDR-Gerichte.

Oft müssen Betroffene auch psychosoziale Beratungs- und Hilfsangebote annehmen, um die Langzeitfolgen der politischen Verfolgung durch das SED-Regime zu Verarbeiten. Auch hier können Kontakte zu einschlägigen Beratungsstellen hergestellt werden.

Ein erster Schritt zur Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ist oft die persönliche Einsicht in die Haft- und Geschichtsakten oder die Stasi-Unterlagen. Auch hierzu wird es umfangreiche Hilfestellungen geben. Viele Verfolgte des SED-regimes haben Anspruch auf eine Opferrente oder auch Ausgleichszahlungen für erlittenes Unrecht, wozu ebenfalls Informationen eingeholt werden können.

Antragsfristen und Anmeldung zu den Terminen

Opfer können ihre Ansprüche aus politischer Verfolgung aktuell nur bis zum 31. Dezember 2019 geltend machen. Bereits am 31. Dezember 2017 endet die Antragsfrist zur Anerkennungsleistung an ehemalige deutsche Zwangsarbeiter, worunter all jene zählen, die als Häftlinge des Strafvollzugs oder als Insassen von Jugendwerkshöfen zur Häftlingsarbeit gezwungen worden sind. Dies gilt für all jene Zivilpersonen mit deutscher Staatsangehörigkeit oder deutscher Volkszugehörigkeit, die zwischen dem 1. September 1939 und vor dem 1. April 1956 durch eine ausländische Macht zur Zwangsarbeit verpflichtet wurden.

Hilfesuchende können sich beim VOS-Landesverband Sachsen telefonisch oder per E-Mail zu den Beratungsgesprächen anmelden.

Kontakt:

VOS-Landesverband Sachsen
Landesvorsitzender Frank Nemetz
Telefon: 0175-1676838
E-Mail: f.nemetz@vos-ev.de

Weitere Informationen finden Sie auch online unter www.runde-ecke-leipzig.de.